

DIE KOMMUNEN
SCHLAGEN ALARM:

WOHNRAUM- KNAPPHEIT!



FRAKTION
THÜRINGEN

PROBLEM:

Seit **März 2022** reisen **monatlich 4.300 Ausländer aus der Ukraine, dem arabischen Raum und Afrika nach Thüringen ein**. Die meisten von ihnen kommen über die „Ukraine-Route“. Darunter auch neuerdings Großfamilien von 50 bis 80 Personen mit ukrainischen Pässen, wie die Thüringer Allgemeine am 9. Juli 2022 berichtete. Diese müssen nun untergebracht werden. **Im Jahr des größten Migrantenzuzuges 2015** zählte Thüringen monatlich im Durchschnitt 2.468 Einwanderer.

DIE FOLGEN:

1. In den Gemeinden und Städten gibt es keinen ausreichenden Wohnraum mehr. Künftig könnten auch private Wohnungseigentümer dazu verpflichtet werden, Migranten bei sich unterzubringen. Die Erfassung des Wohnraums bei Volkszählung könnte hierzu die erforderlichen Daten liefern.
2. Knapp werden auch Kindergarten- und Schulplätze für die eigene Bevölkerung. Das bedeutet in der Zukunft möglicherweise lange Schulwege und hohen Transportaufwand für Familien – bei gleichzeitig extremen Spritpreisen in Deutschland.

3. Lokal werden laut Zeitungsmeldungen eine Häufung von Diebstahls- und Einbruchsdelikten mit den jüngst eingereisten Großfamilien in Zusammenhang gebracht.
4. Für Migranten aus der Ukraine wurde in weitem Umfang das Sozialsystem geöffnet, was nicht nur eine Diskriminierung anderer Ausländer darstellt, die dagegen auf Gleichstellung klagen könnten. Die extreme Belastung des Sozialsystem wird mittelfristig dafür sorgen, dass es tatsächlich bedürftigen Menschen aus der eigenen Bevölkerung nur noch im eingeschränkten Umfang zur Verfügung steht.

UNSERE LÖSUNG:

1. Deutschland muss im Konflikt zwischen Russland und der Ukraine zur Neutralität zurückfinden, egal was die Amerikaner davon halten.
2. Solidaritätsforderungen von Politikern dürfen nicht auf dem Rücken und zu Lasten der Bedürfnisse der Thüringer erfüllt werden. Wer vielen hunderttausenden Ausländern das Sozialsystem öffnet, bricht seinen Amtseid.
3. Es braucht eine effektive Missbrauchskontrolle bei der Versorgung von Ausländern aus der Ukraine. Wer betrügt, muss umgehend abgeschoben werden.



Wer seine Kraft dem Wohle des Volkes zu widmen versprach, darf keine Migrationskrise zulassen, die das Volk schwer belastet.

Stefan Möller

Stellvertretender Parlamentarischer Geschäftsführer
Sprecher für Migration und Asylpolitik



**Schauen Sie dazu
das Video:**



info@afd-thl.de



@afd.thl



www.afd-thl.de



@afd-landtags-tv



https://t.me/afd_thl

Y.I.S.d.P.: Björn Höcke, Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt.

Diese Publikation dient der Information und darf in einem Wahlkampf nicht zur Parteierwerbung eingesetzt werden.



**FRAKTION
THÜRINGEN**